Tagblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.80, durch die Post M. 2.76. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: für Kestorg. 6. nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die nächsttägige Aufnahme bei Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Zur Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Anzeigen nehmen sämmtliche ähnliche Annoncirungsbureaux an. Hauptexpedition Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Saccos von 2½ Mk. an
nur beim
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 8 u. 10.

Dresden, 1891.

Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.
Unsere **Annoncen-Expedition** befindet sich **6 Wilsdrufferstrasse 6** neben der Dresdner Bank und Arnold's Hotel garni Passage.
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Lederwaaren-Specialität!
Damentaschen. — Reise-Artikel.
Photographie-Albums etc.
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.
nächst dem Altmarkt.

Atelier für feine **Corsets** nach Maass, sowie in Pariser, Brüsseler und Wiener Modellen.
Heinrich Plaul, Dresden, Waisstr. 25.

Dr. Kles' Diätetische Heilanstalt
Dresden-N., Bachstr. 8.
Magen-, Herz-, Unterleibs-, Nervenkranke, an Stoffwechselstörungen, Fettsucht, Krankheiten etc. Leidende finden jederzeit Aufnahme und Behandlung durch das **Diätetische Heilverfahren** einschl. **Schroth-sche Kur.** Aerztl. Berathung und Untersuchung unserer sonntägigen Gäste Vormittag. Prospekt frei.

Moritz Klingner empfiehlt zur billigen und praktischen Reise **Reise-Fournierkoffer** als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz. **Grösste Auswahl** von **Taschen-Necessaires etc.**
Augustusstrasse Nr. 4
(Bazar de voyage).

Nr. 154. Spiegel: Caprivi über die Getreidezölle, Ueberfall Deutscher in der Türkei. Hofnachrichten, Landesmode, Jubelfeier des 101. Regiments. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lichtenbergischer Kunivalon. | **Mittwoch, 3. Juni.**

Politisches.

Vor einigen Tagen, als die Hochfluth unsere Getreidezölle fortzuschwemmen drohte, als die freisinnigen Zeitungen die Suspension derselben bereits als gesichert verkündeten und selbst konservative Blätter sich von dem Geschrei der Börsenorgane, die gewerbsmäßig für „das Brot des armen Mannes" sorgen, in's Bockshorn jagen ließen, da stellten die „Dresd. Nachr." dem Reichskanzler an dieser Stelle vertrauensvoll folgenden Wechsel aus: „Für jetzt, d. h. für die nächsten 8 Wochen bis zur nächsten Ernte bedarf es sofortiger Maßnahmen. Als eine solche aber, die ihre Wirkung nicht verfehlen würde, wäre es zu betrachten, wenn die Reichsregierung klar und offen, in bindender und selbst feierlicher Form die Erklärung abgäbe, daß an eine Suspension der Getreidezölle auf keinen Fall geschritten werde." Herr v. Caprivi hat diesen Wechsel prompt eingelöst, indem er am Montag im preußischen Abgeordnetenhause die feierliche Erklärung abgab, daß die Staatsregierung nach reiflicher Erwägung zu dem Entschluß gekommen sei, auf eine temporäre Ermäßigung oder Aufhebung der Getreidezölle nicht einzugehen, daß also von einer Einberufung des Reichstags zur Beschlußfassung über eine solche Maßregel nicht die Rede sein könne. Nicht nur in landwirthschaftlichen Kreisen, sondern überall dort, wo das Bürgerthum seinen Rücken nicht zur Brücke für den wilden Sturmmarsch der Börsenspekulation bieten will, wird die mannhafte Art, wie Herr von Caprivi den Gegnern die Stirn bot, des vollsten Beifalls sicher sein. Herr von Caprivi hat überdies mit seiner Erklärung einen neuen Schritt zum „alten Kurse" zurückgethan; möge er auch fernerhin sich nicht scheuen, wenn das deutsche Reichsschiff von Stürmen umbraust wird, den Kompaß zur Hand zu nehmen, den einst ein Großer führte.

Am Sonntag hat der entscheidende Ministerrath stattgefunden; kurz vorher ist der Kaiser aus dem Osten des Landes zurückgekehrt. Es dürfte die Vermuthung nicht fern liegen, daß die Eindrücke, welche der Monarch in denjenigen Landestheilen sammelte, die doch gerade ausschließlich auf Getreidebau angewiesen sind, von maßgebendem Einfluß auf die schließliche Entscheidung gewesen sind; es dürfte ebensowenig abzuweisen sein, daß die Entscheidung innerhalb des Ministerrathes nicht ohne Kämpfe erfolgt ist, bei denen die Natur im Streit der Finanzminister Miquel als Sprechwart der Forsteninteressen, der Minister von Heyden als Sachwalter der Landwirthschaft gewesen sind. Doch wie dem auch sein mag, wie auch immer der Gegensatz zwischen den Verfechtern liberaler Tendenzen und konservativ gesinnter Männer sich an die Oberfläche drängte — das Ergebniß, daß wenigstens für die nächste Zeit keine neue Beunruhigung des soliden Getreidehandels zu Gunsten der Spekulation zu befürchten sei, ist erfreulich genug. Allerdings wird man jetzt in freihändlerischen Besprechungen der Kundgebung dem Versuch begegnen, die Spitze derselben abzustumpfen, und thatsächlich schreibt bereits gestern die „Ziski. Ztg.", Caprivi habe sich noch ein „Hinterthürchen" offen gehalten, und das letzte Wort über die Suspension der Zölle sei noch nicht gesprochen — aber gerade solche Versuche, den zerrissenen Mantel der Spekulanten zu flicken, dürften dem Publikum die Augen darüber öffnen, wessen Interesse der Freihandel vertritt.

In der Rede des Kanzlers kehren zum großen Theil die sachlichen Bemerkungen wieder, welche in den entsprechenden Ausführungen der „Dresd. Nachr." bereits dargelegt wurden. Trotzdem verdienen verschiedene Punkte eine besondere Hervorhebung. Nach den Erhebungen der Reichsregierung bestätigen sich die Befürchtungen eines Nothstandes bis zur Ernte nicht. Die nächste Ernte wird immerhin eine Mittelernte sein, und auch diese Thatsache, welche in den Saatenstandsberichten der freihändlerischen Blätter absichtlich verdreht wurde, spricht keineswegs für die Berechtigung der daran geknüpften Besorgnisse. Anscheinend nebensächlich streifte es der Reichskanzler, indem er die im Lande vorhandenen Vorräthe als reichlich genügend hinstellte — die Freisinnigen druckten vorher immer Einer vom Andern die Behauptung ab, daß dieselben noch „höchstens" 3 Wochen reichen und daß alsdann eine „grausige" Hungersnoth bevorstände —, daß von Spekulanten im Inlande auch große Vorräthe angehäuft und versteckt werden, welche nach gehöriger Preistreiberei losgeschlagen werden sollten. Es ist dies übrigens ein Verfahren, welches vor mehreren Jahrtausenden schon einmal in Egypten von Stammesgenossen der gegenwärtigen Spekulanten befolgt wurde. Ein solider Importhandel würde überdies bei den Ernteberichten aus den Getreideländern eine weitaus hinreichende Versorgung Deutschlands mit Brotkorn ermöglichen können. Speziell in Mittel- und Süd-Rußland, vor Allem aber in Nord-Amerika und Ostindien ist nicht nur für die nächste Zeit, sondern auch nach der kommenden Ernte genügendes Getreide zu unserer Versorgung vorhanden. Ein ganz besonderes Verdienst hat sich Hr. von Caprivi durch die Erklärung erworben, daß für eine gesunde Entwickelung des Handels, der Industrie und der Landwirthschaft „Stetigkeit" das erste Bedürfniß sei. Dieser Grundsatz ist es, welcher die Handelspolitik des „alten Kurses" leitete, und wäre er auch später ausschließlich zur Geltung gekommen, so wäre uns manche Unruhe erspart geblieben. Stetigkeit braucht vor Allem auch der Handel, um Verbindungen einzugehen, die, wie es gerade beim Kornhandel der Fall ist, oft erst in recht langer Zeit wirksam werden. Wenn man aber die Zölle auf Monate hin- und herwirft, wie es die Herren Richter, Bamberger und ihre Knappen wollen, so ist eine solche ruhige Entwickelung gefährdet. Das solide Geschäft leidet darunter und zieht sich vom Handel zurück, während die wilde Spekulation gerade bei einem Hin- und Herschwanken der Verhältnisse ihr Schäfchen, oft sogar einen recht ausgewachsenen Hammel, in's Trockene bringt. Auch den Gesichtspunkt hob der Reichskanzler mit vollem Recht hervor, daß bei einer Suspension der Zölle der deutsche Markt am Ende des betreffenden Termins mit ausländischem Getreide dermaßen überschwemmt sein könnte, daß dann unsere nächste Ernte in Verlegenheit käme, daß unsere Landleute ihre neuen Produkte nicht für einen genügenden Preis los würden. „Unsere Landleute würden den Bückel behalten müssen", schrieben die „Dr. Nachr." schon vor mehreren Tagen. Schließlich hat der Reichskanzler in umfassender Weise die Annahme zurückgewiesen, daß die Suspension den Brotpreis auch nur um einen Pfifferling herabdrücken werde.

Aus den regierungsseitigen Auslassungen verdienen noch zwei Bemerkungen besondere Hervorhebung: Den freihändlerischen Stammlauten gegen die Schutzzölle wurde ein kalter Wasserstrahl auf die heißen Häupter geleitet: Die Regierung denkt noch nicht entfernt an eine grundsätzliche Aenderung der Zollpolitik Bismarck's — das Freihandelssystem liegt also in den Wolken und wird dort hoffentlich so lange liegen bleiben, als es eine deutsche „Nation", nicht blos einen ungesäuerten „internationalen" Teig giebt. Wenn allerdings Herr von Caprivi nicht zu einer so warmen Vertheidigung des nationalen Wirthschaftssystems gelangte, wie es erwünscht gewesen wäre, so liegt die Ursache in der Rücksichtnahme auf die Vertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, von denen auch er, wie Herr von Bötticher, zugab, daß sie eine Herabsetzung der Getreidezölle „als Aequivalent für Gewinn auf anderen Gebieten" herbeiführen sollen. Wenn die Reichstagsverhandlungen über den Vertrag beginnen, werden hoffentlich die reichstreuen Parteien manche Waffe aus dem Arsenal benutzen, welches Herr von Caprivi selbst ihnen lieferte.

Eine erfreuliche Fortführung des „alten Kurses" kann man auch in der Energie erkennen, mit welcher die gegenwärtige Regierung die Sache der deutschen Unterthanen in die Hand nimmt, welche auf ihrer Fahrt im Orientzuge ganz nahe von Konstantinopel durch Räuber überfallen und in die Berge geschleppt wurden. Als vor Jahren die Geschworenen von Melun und Paris zwei Franzosen, welche je einen deutschen Soldaten gemordet hatten, freisprachen und der Vorsitzende sogar den Deutschenhaß billigte, da wurde die Ehre des Vaterlandes energisch gewahrt. Strenge Rechenschaft forderte seinerzeit die deutsche Regierung auch von dem spanischen Präsidenten Don Carlos, der den Hauptmann Schmidt widerrechtlich entführen ließ. An der liberischen Küste, wo Wilde deutsche Schiffsbrüchige mißhandelt und das Wrack geplündert hatten, zog ein Kriegsschiff die Schuldigen zur Verantwortung. Auch mit der Türkei lag bereits ein derartiger Zwischenfall vor. Als die türkische Regierung gegen die Schuldigen, welche in Salowiki den deutschen Konsul ermordet hatten, nicht mit der nöthigen Strenge verfahren wollte und die Zahlung der für die Wittwe des Ermordeten geforderten Entschädigungssumme von 500,000 Franks verweigerte, da erschienen, wie vorher im Hafen von Bilbao, so jetzt im Hafen von Saloniki deutsche Kriegsschiffe, welche den Forderungen Bismarcks den nöthigen Nachdruck verliehen. Ganz Deutschland empfand damals eine stolze Genugthuung, daß die Reichsregierung mit Kraft und Entschiedenheit die Würde und die Ehre des deutschen Namens zu wahren verstand und unter dem Schutze der starken Macht des Reiches wuchs das Ansehen des deutschen Volkes im Auslande empor: wenn die neue Regierung mit gleicher Entschiedenheit sich ihrer Unterthanen annimmt, so verdient sie den Beifall aller Derer, welche auf ihr deutsches Volksthum stolz sind. Bei der freundschaftlichen Gesinnung, welche die Pforte gegen Deutschland hegt, sind Weiterungen kaum zu erwarten: um so besser: um so besser aber auch, wenn man von vornherein die Gewißheit erhält, daß das Deutsche Reich auch fernerhin für seine Staatsangehörigen thatkräftig eintritt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 2. Juni.

Berlin. Das Kaiserpaar lehrt morgen Abend von Kiel nach Berlin zurück. — Die Errichtung der Bureaus des Kommissars für die Chicagoer Weltausstellung ist erfolgt und werden die deutschen Aussteller aufgefordert, bis Ende d. J. die Absicht ihrer Betheiligung kundzugeben, da am 1. Jan. 1892 die Vertheilung des Ausstellungsraumes beginnt. — Der Gouverneur v. Soden trifft mit Peters in Tanga zusammen. Peters begiebt sich mit einer Abtheilung der Schutztruppe in's Küstengebiet behufs Grenzregulirung. Freiherr v. Soden tritt eine Reise zur Inspektion der ganzen deutschen Küste an. — Bei den gestrigen Verhandlungen des Kolonialrathes ergab sich, daß eine gewinnbringende Kultur der Baumwolle in den deutschen Schutzgebieten, ausgenommen Südwest-Afrika, über welche in dieser Beziehung keine Mittheilungen vorlagen, zweifellos erwartet werden kann. — Bei Paraden vor dem Kaiser dürfen künftighin nur solche Kriegervereine erscheinen, die sich die Pflege patriotischer Gesinnung statutenmäßig zur Aufgabe gestellt haben. — Die „Voss. Ztg." stellt eine so energische Agitation in Aussicht, daß in einem Monat die Getreidezölle aufgehoben sind. Wer so kurzsichtig sei, wie der Ministerpräsident, dem müsse man die Thatsachen ganz nahe vor Augen rücken.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm das Sperrgeldergesetz in 2. Lesung an, in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung gegen die Stimmen der Nationalliberalen und die Mehrheit der Freikonservativen, sowie die sog. Sekundäreisenbahn-Vorlage, letztere in 3. Lesung. Minister v. Maybach verabschiedete sich dabei vom Hause und gab eine Uebersicht über die Entwickelung des preußischen Staatseisenbahnwesens. Der Landtag hat im Ganzen 1 Milliarde 30 Mill. Mk. für Eisenbahnzwecke bewilligt. Die Ueberschüsse betragen 831 Mill., mit Amortisationen 165 Millionen, sodaß sich ein Rest von 86 Mill. ergiebt, wofür 7000 Kilometer Eisenbahnen, 194 neue Linien, 55 Bahnhöfe, 3000 Kilometer Doppelgleise gebaut und zahlreiche Verkehrserleichterungen geschaffen sind. Das Beste aber, schloß Herr v. Maybach, was ich mit aus meinem Amte nehme, das ist mein gutes Gewissen. Wer auch an meine Stelle treten möge, mit besserem Willen wird er sie nicht verwalten können. (Lebhafter Beifall.) Graf Limburg (kons.), Frhr. v. Heereman (Centr.), v. Eynern (nat.-lib.) und Ritter (freikons.) sprachen dem scheidenden Minister warme Anerkennung für sein Wirken aus. Endlich wurde ein vom Porsch (kons.) beantragter Gesetzentwurf angenommen, der den Privathandel mit Staatslotterieloosen verbietet.

Wiesbaden. Der König und Prinz Johann von Dänemark statteten Vormittags der Kaiserin Friedrich und dem griechischen Kronprinzenpaar in Homburg einen Besuch ab.

Kissingen. Fürst und Fürstin Bismarck treffen gegen den 20. d. M. auf 4 Wochen hier ein.

Stuttgart. Das Befinden des Königs hat sich gebessert. Das Fieber hat fast aufgehört, dagegen dauert die Unterleibsstörung fort.

Wien. Das Befinden des Erzherzogs Franz Ferdinand Este bessert sich weiter. Der Schlaf war zwar durch Husten gestört, aber fieberfrei.

Paris. Der Ausbruch eines Streikes der Eisenbahnbeamten ist in Sicht.

Paris. Die Regierung bringt nächster Tage eine Vorlage ein, nach welcher Arbeitern nach 30 Arbeitsjahren eine jährliche Rente von 300—700 Frcs. gesichert wird. Arbeitgeber und Arbeiter tragen zu gleichen Theilen dazu bei, während der Staat ¼ des Gesammtbetrages übernimmt. Nur französische Arbeiter erhalten die Rente. Arbeitgeber, welche ausländische Arbeiter beschäftigen, haben für jeden derselben 10 Centimes an die Kasse abzuführen. Der Beitrag des Staats soll 100 Millionen nicht übersteigen.

Bern. Der Nationalrath verhandelt morgen über den Antrag auf Amnestirung der bei den Vorgängen im Kanton Tessin im September 1890 und im Februar und März 1891 getödteten Personen und am Donnerstag über den Ankauf von 10,000 Centralbahnaktien.

Bern. Der Bund fordert eine Untersuchung durch den Bundesrath, weil die Gotthardbahn mit angeblich 7½ Millionen an der in Eisenbahnaktien spekulirenden Centralbank, für Eisenbahnen in Luzern betheiligt sei.

London. Die „Hohenzollern", mit Kaiser Wilhelm an Bord, traf am 1. Juli in Port Victoria ein, worauf der Kaiser sofort nach Windsor abreist. Ankunft daselbst am 8. Juli. — Das Unterhausmitglied Jennings beantragte gegen die Masseneinwanderung der russischen Juden ähnliche Maßregeln, wie sie in Nordamerika gegen die Einwanderung Fremder getroffen wurden.

Petersburg. Der Zar genehmigte das Muster eines neuen Gewehres, einer sogenannten Packetbüchse verkleinerten Kalibers, sowie das Muster der dazu gehörigen Patronen. Das Gewehr erhielt die Benennung: dreilinige Büchse, Muster 1891. — Meldungen über eine neuerliche allgemeine Zahlung der Juden werden dementirt. — In den Provinzen Simbirsk, Siebenkirchen und Samara brach ein blutiger Bauernaufstand aus.

Belgrad. Auf Wunsch des Zaren soll im August die Verlobung des jungen Königs Alexander mit der Tochter des Fürsten von Montenegro, Xenia, stattfinden.

New-York. In den Böttchenwerkstätten von Palmer u. Co. in Williamsburgh brach um Mitternacht Feuer aus, welches bald auch die Tiek u. Meyer'sche Zuckerfabrik, sowie die Depots der New-Yorker Central-Eisenbahn und der Pennsylvania-Eisenbahn ergriff. Mehrere Feuerwehrleute wurden verletzt. Der Schaden wird auf 1 Mill. Doll. geschätzt.

Die **Berliner Börse** war anfangs schwach auf angebliche, später dementirte Schwierigkeiten eines großen Londoner Hauses und beunruhigende Mittheilungen aus Argentinien. Von Banken waren besonders Diskonto-Kommandit gedrückt, besserten sich aber später, wie überhaupt die Haltung im Allgemeinen fester wurde. Von deutschen Bahnen Lübeck-Büchener stark angeboten. Von österreichischen Bahnen Franzosen bevorzugt. Bergwerke sehr still, Kohlen später erholt. Fremde Renten still, wenig verändert. Im Kassaverkehr vorwiegend feste Tendenz. Sächsische Rentenbriefe 1 Proz. höher. Privatdiskont 2½ Proz. Nachbörse fest. — **Wetter:** Vormittags Regen, windstill.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 238,50. Staatsb. 239,75. Lomb. 94,75. Galizier —,—. Gelsenk. —,—. 4proz. Ung. Gold. 89,50. Disconto 177,80. **Dresdn. Bk.** 140,50. Laura —. Gelsenkirchen —. Radio.

Paris. (Schluß.) Rente 94,97. Anleihe 104,37. Italiener 92,50. Staatsbahn 500,00. Lombarden 252,50. do. Prioritäten —. Spanier 71¼. Egypten 982,50. Ottomanen 567,50. Debeers 550,00. Träge.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 23,50, per Septbr. Dec. 24,75, still. Roggen per Juni 14,75, per Septbr.-Dezbr. 14,75, behauptet. Rüböl per Juni 75,00, per September-December 76,50, weichend.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 234. Roggen per Juni —, per October 138.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Max beehrte am Sonntag die feierliche Preisvertheilung in der Kgl. Kunstakademie zu Leipzig mit seiner Gegenwart und vertheilte eigenhändig die Medaillen und Diplome an die durch solche Ausgezeichneten. Der Direktor der Kunstakademie, Geh. Hofrath Prof. Dr. Nieper, hielt einen längeren Vortrag über die Bedeutung der graphischen Künste.

— Ihre Königl. Hoheit Prinzess von Hohenzollern hat sich gestern Vormittag nach Potsdam zurückbegeben.

— In der 5. öffentlichen Sitzung der evang.-luther. Landessynode, welcher Se. Exc. der Minister des Innern v. Metzsch nebst Kommissaren beiwohnte, erfolgte zunächst die Fortsetzung der Wahlprüfungen. Nach den Referaten der Herren Amtsgerichtsrath Bretschneider, Bürgermeister Grundig und Amtshauptmann v. Bose wurden die Wahlen der Abgeordneten in den Wahlbezirken 18, 19, 21, 22, 23, 10 und 1 für giltig erklärt. Angesichts der vielfachen Mängel im Wahlverfahren, welchen der Legitimationsausschuß bei Prüfung der Wahlen begegnet ist, stellte derselbe den Antrag, die Synode wolle an das Landeskonsistorium das Ersuchen richten, zur thunlichsten Vermeidung der gerügten Mängel vor den nächsten Wahlen geeignete Maßnahmen zu treffen. Dieser Antrag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Hierauf nahm Herr Pfarrer Engelmann als Berichterstatter des Verfassungsausschusses das Wort, um den Antrag desselben zu dem Erlasse Nr. 13, die Aufhebung der Verpflichtung der Geistlichen und Lehrer von den persönlichen Anlagen für Kirchenzwecke betr., zu begründen. Von der letzten Ständeversammlung war das einstimmige Ersuchen an die Staatsregierung auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Aufhebung der Verpflichtung der Geistlichen und Lehrer von den persönlichen Anlagen für Kirchenzwecke gerichtet worden. Mit Rücksicht hierauf beabsichtigt die Staatsregierung, ausgehend von der Erwägung, daß den bei der Berathung des Gegenstandes für die Aufhebung der fraglichen Verpflichtung geltend gemachten Gründen beizupflichten und insbesondere anzuerkennen